



Positionspapier zur gemeinsamen Haltung der Südtiroler Grünen, der Tiroler Grünen und der Bayerischen Grünen zum Thema

Grenzraum-Management/Grenzzaun am Brenner

Österreich will einen Grenzzaun am Brenner bauen, weil die Anzahl der AsylbewerberInnen deutlich einschränkt werden soll. Bündnis 90/Die Grünen Bayern, die Grünen Tirol und die Südtiroler Grünen, Verdi Grüne Vërc, kritisieren das Vorgehen der Österreichischen Bundesregierung auf das Schärfste.

Im Jahr 2015 wurden in Österreich rund 90.000 Asylanträge gestellt. Die Österreichische Bundesregierung will nun im Jahr 2016 nur mehr 37.500 AsylwerberInnen zulassen. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig, wie selbst Rechtsgutachten im Auftrag der Bundesregierung bestätigen.

Dennoch: Um diese „Obergrenze bzw. Richtwert“ von 37.500 sicherzustellen, hat die Österreichische Bundesregierung einen politischen Schulterchluss mit den Balkanstaaten, aber ohne Griechenland, vollzogen. Seither ist die Balkanroute so gut wie geschlossen. Das menschliche Leid an den Stellen, wo es für die Menschen auf der Flucht kein Weiterkommen mehr gibt, nimmt täglich zu – in Griechenland, in Mazedonien usw.

Da Österreich die Wahrscheinlichkeit einer Verlagerung der Fluchtrouten Richtung Italien durch die Schließung der Balkanroute erhöht hat, wurde vonseiten des Bundesministeriums für Inneres (BMI) vorsorglich ein „Grenzraummanagement“ für den Brenner entwickelt (Registrierung, Versorgung, Zielland etc.). Dahinter verbirgt sich in Wahrheit ein Grenzzaun wie in Spielfeld. Und das auf einem Alpenpass, der 1.370 m hoch liegt. Die örtlichen Verhältnisse sind sehr beengt, das Wetter ist tendenziell unwirtlich, es ist kühl und windig. Genau hier sollen die Menschen auf der Flucht an einer Weiterreise Richtung Norden gehindert werden.

Dazu kommt die historische Dimension der Brennergrenze als „Unrechtsgrenze“. Die Grenzbalken konnten nach Inkrafttreten des Schengener Abkommens am 1. April 1998 endlich entfernt werden. Jetzt sollen sie wieder eingeführt werden. Dies ist auch unionsrechtlich fraglich, da Grenzsicherungen innerhalb des Schengenraums laut des Schengener Grenzkodex nur „[i]m Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit [...] für einen Zeitraum von höchstens 30 Tagen“, der nur in Ausnahmefällen um sechs Monate verlängert werden kann, zulässig sind. Im Sinne des Unionsrechtes ist ein Zaun sicherlich nicht das geeignete Mittel mit der geringstmöglich belastenden Wirkung, da er per se als längerfristige Infrastruktur angelegt wird und nicht zum sofortigen Wiederabriss gedacht ist. Auf dieses letzte Mittel, wie es im Grenzkodex genannt wird, sollte deshalb nicht zurückgegriffen werden.

Zu guter Letzt sollten der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wert offener Grenzen hervorgehoben werden. Die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union (EU), die Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, sind zum Grundverständnis der UnionsbürgerInnen geworden. Die Wirtschaft auf dem Kontinent hängt maßgeblich von den offenen Binnengrenzen ab, ihre Abschaffung würde eine komplette (Wieder-)Umstellung des Wirtschaftssystems, weg von just-in-time zurück zum Lager-System und zu Mehrkosten führen. Zudem ist bereits eine ganze Generation ohne Grenzen aufgewachsen. Eine Rückkehr zu Grenzkontrollen, Grenzsicherungen oder gar



Grenzzäunen käme den jungen Erwachsenen, die nur ein offenes Europa kennengelernt haben, aber auch allen anderen Menschen in Europa einem gesellschaftlichen Rückschritt gleich. Ausbildung, Arbeit und persönliche Beziehungen im europäischen Ausland sind im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte selbstverständlich geworden. Geschlossene Grenzen würden diesem wichtigen Bestandteil der EU – im wahrsten Sinne des Wortes – wieder einen Riegel vorschieben und somit die grundsätzliche Idee der europäischen Einigung schädigen.

Die Südtiroler Grünen, die Tiroler Grünen und die Bayerischen Grünen sprechen sich daher für eine europäische Lösung durch die ausreichende Errichtung von Erstaufnahmezentren (Hotspots) in den EU-Grenzländern und gegen den angedachten Grenzzaun bzw. das Grenzraummanagement am Brenner aus.

Unser grünes Konzept lautet:

1. **international:** Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlingshilfe erhöhen, damit Menschen auf der Flucht in der Nähe ihrer vertrauten Sprach- und Kulturräume bleiben können, Entwicklungszusammenarbeit/humanitäre Hilfe ausbauen, Geberkonferenzen organisieren, diplomatische Bemühungen intensivieren.

2. **europäisch:** Ein neues, faires Verteilsystem für Asylsuchende in der EU nach dem Entwurf der Europäischen Grünen (siehe unten); Menschen auf der Flucht in gut ausgebauten Erstaufnahmezentren (Hotspots) in den EU-Grenzländern aufnehmen, betreuen und dann direkt auf die EU-Staaten verteilen. Im Besonderen heißt das: Italien muss dabei unterstützt werden, in Friaul-Julisch-Venetien, in Apulien und in Sizilien Erstaufnahmezentren (Hotspots) errichten zu können. Dafür soll sowohl europäisches Geld zur Verfügung gestellt werden, aber auch Österreich soll Italien finanziell unterstützen. Zudem müssen jedenfalls mehr legale Einreisemöglichkeiten in die EU ermöglicht werden.

3. **national:** Es gilt Menschen auf der Flucht solidarisch in menschenwürdigen und kleinstrukturierten Unterkünften unterzubringen; Die Integration (Spracherwerb, Aus- und Weiterbildung, Berufseinstieg, gesellschaftliche Dimension) ist auf allen politischen Ebenen zu unterstützen und zu fördern; Darüber hinaus sind Arbeitsmöglichkeiten schon während des Asylverfahrens zu ermöglichen; Ziel muss es sein, schutzsuchenden Menschen ein Leben in Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die Pläne der österreichischen Bundesregierung, Notstandsverordnungen und die dadurch erfolgende Abschaffung des Asylrechts einzuführen, lehnen wir strikt ab.

Darüber hinaus unterstützen die Landesverbände der Grünen aus Bayern, Tirol und Südtirol die Forderungen des [Positionspapiers „Grüne Alternative zum Dublin System. Ein Präferenzgestütztes Verteilungssystem für Asylsuchende in der EU“](#) der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament.

Brigitte Foppa und Hans Heiss, Co-Landesvorsitzende Verdi Grüne Verc

Georg Willi, Landessprecher der Tiroler Grünen

Sigi Hagl, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Bayern